

Bundesfinanzminister

versus

Bundesbauministerin

Während das eine Bundesministerium über „Wohnungsbau als gesellschaftliche Aufgabe“ informiert, lässt das andere Bundesministerium die Länderfinanzminister_innen über den Ausverkauf der Stadt abstimmen und verteilt gleichzeitig Steuergeschenke an Investoren.

Wir Fragen: Wo bleibt das Bündnis gegen den Ausverkauf?

DER PROFIT
MIT KOMMUNALEM EIGENTUM UND
DIE ENTEIGNUNG DES GEMEINGUTS
DURCH PRIVATE UNTERNEHMEN IST
EIN VERBRECHEN

WIR ALLE
SIND
STADT
VON UNTEN

Info@stadtvonunten.de www.stadtvonunten.de

Bundesfinanzminister

versus

Bundesbauministerin

Wo bleibt das Bündnis
gegen den Ausverkauf?

Zeitgleich zum „Nationalen Kongress zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ der Bundesbauministerin Barbara Hendricks lässt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Bundesrat über die Privatisierung einer bundeseigenen Liegenschaft in der Stallschreiberstraße in Berlin-Mitte zum Höchstgebot von 29,1 Mio. Euro abstimmen. Dieses Grundstück wäre geeignet wirklich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der so dringend benötigt wird.

Außerdem wird im Bundesrat über Schäubles „Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus“ abgestimmt: Das Gesetz fördert nicht günstige Mieten in kommunalen Beständen, sondern die Renditeinteressen privater Investoren.

Die Initiative Stadt von Unten setzt sich seit langem gegen die Privatisierung des so genannten Dragonerareals, ein weiteres vom Verkauf durch den Bund bedrohtes Gelände in Berlin, und für die Entwicklung eines Modellprojekts für eine Stadt von Unten ein. Ein Modell das 100% bezahlbare Wohn- und Gewerbemieten langfristig absichert und so einen echten Beitrag zu einer sozialen Stadtpolitik leistet.